Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Neue NATO-Schaltzentrale

Als Reaktion auf die anhaltend als aggressiv wahrgenommene Bedrohung aus Russland baut die NATO im süddeutschen Ulm einen neuen Kommandoposten. Aktuell verfügt das Militärbündnis über sieben Hauptquartiere, was allgemein als zu wenig gilt. Von einst über 20000 Stabsoffizieren an unzähligen Standorten sind seit dem Ende des Kalten Krieges noch sieben Führungseinrichtungen übrig, welche knapp 7000 Soldaten beschäftigen. Offenbar viel zu wenig. Denn es sei nicht mehr möglich, innerhalb kurzer Zeit auf einen (russischen) Überraschungsangriff reagieren zu können, so verschiedene Militärs des Bündnisses. Davor wurde bereits Ende 2017 in einem internen NATO-Papier gewarnt. Es hiess, dass «seit dem Ende des Kalten Krieges die Fähigkeit der NATO, einen raschen (eigenen) Truppenaufmarsch im heute massiv erweiterten Einflussgebiet des Supreme Allied Commanders Europe logistisch zu unterstützen, verkümmert sei». Deshalb steht der Spatenstich für ein neues Kommando in Ulm kurz bevor. Dort soll dann dereinst darauf hingearbeitet werden, dass mittels Abbau bürokratischer Hürden – vor allem in Bezug auf grenzübergreifende logistische Belange – die Bündnistruppen schneller verlegt, besser unterstützt und optimal geschützt werden können. Das soll bereits ab Oktober 2019 möglich sein, die volle Operationsfähigkeit würde bis 2021 erreicht. Der Fokus geht dabei ganz klar in Richtung Osten. Aktuell scheint die Fähigkeit der NATO, ihre Truppen insbesondere an die Ostgrenze und ins Baltikum zu verlegen, sehr eingeschränkt. Akzentuiert wird das ganze durch den Umstand, dass ab 2019 die 1. Panzerdivision der Bundeswehr die Führung der NATO Response Force Very High Readiness Joint Task Force, also des Soforteinsatzverbandes der Allianz übernehmen wird. Nur, die deutschen Truppen verfügen derzeit über lediglich etwa 20% der benötigten schweren Mittel. Um in Zukunft solche Probleme besser abfedern zu können und europaweit über noch mehr militärisches Personal verfügen zu können, prüft die NATO nun zusätzlich die Bildung von permanent verfügbaren sogenannten Rapid Reaction Forces. Ob die genannte Zahl von 30000 Soldaten erreicht wird, zeigt sich spätestens nach dem NATO-Gipfel 2018 im Juli in Brüssel.

Wird ausgebaut: Wilhelmsburg-Kaserne in Ulm.

Polen

«Drohnen-Hub» für die US Air Force

Seit Mai sind auf der Miroslawiec Air Base in Westpommern US-Amerikanische MQ-9-Reaper-Drohnen im Einsatz. Offiziell wurde der Einsatzzweck nicht erklärt, auch hinsichtlich Stückzahlen und Personal herrscht Stillschweigen. Mitgeteilt wurde nur, dass die Drohnen unbewaffnet operieren und entsprechend Aufträge zu Gunsten des ISR-Zyklus (Intelligence, Surveillance und Reconnaissance) fliegen würden. Die Sprecherin der US Air Force in Europa, Auburn Davis, erklärte: «Unsere Priorität für diese Mission ist es, die Bereitschaft und Aufstellung der Streitkräfte zu Land, in der Luft und auf See aufrechtzuerhalten und zu unterstützen». Der Einsatz der Reaper UAV in Polen erfolge insbesondere auf Grund der guten strategischen Lage, so Davis weiter. Mit einer Reichweite von bis zu 1850 km, einer Dienstgipfelhöhe von 15400 Metern und Geschwindigkeit von 480 km/h kann die Multi-Missionsdrohne eine breite Palette von Sensoren mitführen. Das macht sie optimal für einen Einsatz in Bezug auf hochwertige, zeitkritische und -sensible Ziele. Diesbezüglich äusserten ehemalige MQ-9-Piloten aber ihre Bedenken. So sei ein Einsatz in der Ukraine beispielsweise nicht möglich, denn dort fehle die totale Luftherrschaft. Das mache die unbemannte Drohnenaufklärung äusserst anfällig für Kanonenflab und Bodenluftraketen. Für Polen dient die Stationierung möglicherweise dazu, sich noch enger an die US-Streitkräfte zu binden. Denn erneut wurde in Warschau der Wunsch geäussert, eine US-Panzerdivision beherbergen zu wollen.

Türkei

Welchen Kampfjet?

Das US-Repräsentantenhaus erliess anfangs Juni per Gesetzesbeschluss, dass keiner der 100 von der Türkei bestellten F-35 Lightning II Jets nach Ankara verkauft werden darf. Im US-Senat wurde ein ähnlicher Entwurf verabschiedet, die Gesetze bedürfen noch der gegenseitigen Synchronisation und Schlussabstimmung mit allfälligem Kompromissvorschlag. Grund dafür sind diverse Streitigkeiten zwischen den USA und der Türkei. Dabei geht es unter anderem darum, dass Präsident Erdogan den in Pennsylvania lebenden Exil-Türken Fethullah Gülen für die immer noch federführende Person des gescheiterten 2016-Putsch hält. Gleichzeitig gehen die USA davon aus, dass die Türkei ein Zentrum der illegalen Terrorismusfinanzierung (insbesondere für den Nahen Osten) geworden ist. Beide Länder sind innerhalb der NATO aufeinander angewiesen. Mit dem Verkaufsverbot für die Jets wird deshalb bewusst in Kauf genommen, dass sich die Türkei bei anderen Herstellern umsieht.

Könnte ein Traum bleiben, türkischer F-35.

Aus Ankara wurde indessen verlautbart, dass die ersten Lieferungen nach wie vor bis Mitte dieses Jahres erwartet werden. «Kampflos gibt man sich

nicht», so ein Sprecher des türkischen Verteidigungsministeriums, der gleichzeitig betont, dass bereits Gespräche mit den Russen zwecks einer hochmodernen Back-up-Lösung geführt werden. Somit könnte die Türkei das erste Exportland für den als «Stealth-Killer» bekannten SU-57-Kampfjet der neusten Generation werden. Dieser passt bestens ins türkische Arsenal, wo bereits topmoderne russische S-400-Luftabwehrraketensysteme im Einsatz sind. Nun wird sich die Nordatlantikallianz davor hüten, noch mehr russisches High-Tech-Gerät in seine Verteidigungsstruktur einzubinden. Die Kombination von russischen Jets und Luftabwehr, davon gehen Experten aus, würde zwangsläufig zum Kompromittieren der eigenen Verteidigungsfähigkeit führen und somit die NATO insgesamt schwächen, ja sogar den Zweck der NATO (als Verteidigungsbündnis gegen Bedrohungen aus dem Osten) in Frage stellen.

Schweden / Finnland / USA

Trilaterale Sicherheitskooperation

Beim Treffen der Verteidigungsminister Finnlands, Schwedens und der Vereinigten Staaten in Washington Mitte Mai ging es darum, die zukünftige militärische Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern zu erörtern. Vor allem sollen das militärische und sicherheitspolitische Denken auf die aktuelle Lage in Nordosteuropa ausgerichtet, die Teilnahme an internationalen Übungen vereinfacht und der gegenseitige Informationsaustausch gefördert werden. Dafür wurde eine trilaterale Absichtserklärung unterschrieben. Das finnische Verteidigungsministerium erklärte, Ziel sei es, in Zukunft ein Modell der trilateralen Verteidigungszusammenarbeit zu entwickeln. Zeitungen in Stockholm zitierten den schwedischen Verteidigungsminister Peter Hultqvist: «das Abkommen zielt darauf ab, die Stabilität durch eine verstärkte militärische Präsenz der USA in Europa zu erhöhen.» Im Pentagon lobte US-Verteidigungsminister James Mattis die beiden europäischen Partner dafür, «ein verlässlicher Anker der Stabilität in einer Region zu sein, die aufgrund einer Vielzahl von unglücklichen, nicht zukunftsweisenden und destabilisierenden Entscheidungen Russlands von der Ukraine bis Syrien angespannter denn je ist». Diese Entwicklungen kommen, nachdem die finnische Regierung Anfang 2017 angekündigt hatte, dass sie die Truppenstärke um 20% erhöhen und ihren gesamten Verteidigungshaushalt als Reaktion auf die zunehmenden Spannungen mit Russland aufstocken würde. Da Schweden und Finnland bilateral seit mehreren Jahren mit den USA in militärischen Belangen zusammenarbeiten, ist gemäss den drei Verteidigungsministern diese Absichtserklärung nur ein logischer Schritt und Grundstein für eine zukünftige Kooperation.

Bild: US Defense Department

Vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung.

Finnland

Panzermanöver unter Gleichgesinnten

Auf dem Übungsgelände Pohjankangas massen sich in den ersten Maiwochen Truppen aus finnischen Trainingseinheiten, ein Nachrichtenzug der Norwegischen Streitkräfte, Einheiten des US Army Europe 2nd Cavalry Regiments sowie mit einem 30 Mann starken Team der Marine Corps Forces Europe and Africa zum ersten Mal nun auch Vertreter der USA. Anlässlich der Panzerübung ARROW 18 im südfinnischen Kankaanpää, holten die Marines ihr in sechs Geheimbunkern in der Region Trondheim (Mittelnorwegen) gelagertes schweres Gerät heraus. In diesen Anlagen werden seit dem Kalten Krieg «Marinefahrzeuge, Artillerie und genug Nahrung und Munition für eine Brigade von 4600 Marines gelagert, um in mehreren Wochen des Kampfes zu überleben», so Captain Matthew Anderson, der für die US-Delegation verantwortliche Panzerkommandant. Die jährlich stattfindende Volltruppenübung der finnischen Armee konzentriert sich auf offensive mechanisierte Operationen und umfasst sowohl helikoptergestützte Angriffdrills der Heeresfliegerei wie auch Luftnahunterstützung der Luftwaffe. Die Kampfführung wird dabei simulatorgestützt getestet. Die Panzerverbände befinden sich derweil im scharfen Schuss. Für die Teilnahme und Übungsunterstützung plante das finnische Heer 3200 Soldaten ein. Total waren 150 gepanzerte sowie doppelt so viele weitere Fahrzeuge eingesetzt. Insgesamt geht es Finnland bei den Arrow-Übungen darum, sicherzustellen, dass die eigene Armee kampffähig ist und die Interoperabilität in der Zusammenarbeit mit ausländischen Truppen verbessert wird. Dies besonders vor dem Hintergrund, dass die meisten finnischen Soldaten als Wehrpflichtige ihren Dienst leisten. Als Nebeneffekt wird deshalb auch angestrebt, dass bei den eingeladenen Profiverbänden ein guter Eindruck hinterlassen werden kann. Gemäss einem Sprecher der Marine Corps Times ging es den Amerikanern speziell darum, «die Partnerländer zu beruhigen, die Bereitschaft zu verbessern und die Beziehungen zu stärken». Finnland ist über das Partnership for Peace Programm eng an die NATO gebunden, aber kein Mitglied.

Zum ersten Mal in Finnland: US Marines mit ihren M1A1-Abrams. Bild: MARFOREUR

Für die Marines war es insgesamt nicht nur geografisches Neuland. Denn deren Kampfführung in bedecktem Gelände sei noch stark verbesserungswürdig, so Captain Anderson. Laut diesem sind seine grossen Erfahrungen (welche er in offenem Gelände sammelte) in den finnischen Wäldern nicht sehr wertvoll, deshalb musste er seine M1A1 ABRAMS-Kampfpanzer viel näher beieinander einsetzen. Als es dann darum ging, einen festgefahrenen finnischen Leopard 2 aus dem Sumpf zu bergen, konnten die Marines wieder glänzen. «Wir konnten den finnischen Milizsoldaten zeigen wie das geht, denn die haben nichts vergleichbares», so ein Soldat der Bergecrew.

Russland / China

Wer hat die grössten Goldreserven?

Russland hat China überholt und ist nach seinen Goldbeständen in die Top fünf der Welt aufgestiegen. Ende März betrug die Menge dieses Edelmetalls in den Reserven der Zentralbank des Landes 1890,8 Tonnen.

Hiermit schützt sich die Zentralbank – Bank Rossii (Bank Russlands) – laut russischer Quellen vor Risiken, die mit den Aktivitäten der Finanzregulatoren der USA und der Europäischen Union, aber ebenso mit der geopolitischen Ungewissheit verbunden sind.

Nach dem Tempo der Aufstockung ihrer Goldbestände liegt die Bank Rossii unter den Zentralbanken an der Spitze: In den letzten zehn Jahren konnte die Bank den Goldvorrat um 1000 Tonnen vergrössern, darunter allein in den letzten vier Jahren um 850 Tonnen. An zweiter Stelle liegt diesbezüglich die Volksbank Chinas, die ihre Goldreserven in den vergangenen vier Jahren um 788 Tonnen aufgestockt hat. Die Goldvorräte in Kasachstan und der Türkei sind in diesem Zeitraum um 161,4 bzw. 111 Tonnen angewachsen.

Die grössten Goldreserven der Welt sind in den USA. Deutschland, Italien und Frankreich folgen. Neu rückt Russland auf den fünften Platz vor China, der Schweiz und Japan. Die Niederlande und Indien komplettieren die Top-10.

Die grössten Zentralbanken haben nach der Krise von 2008–2009 damit begonnen, ihre Goldvorräte aufzustocken. In vielem sei diese Krise durch das Einpumpen gigantischer Summen in die Weltwirtschaft gestoppt worden, was allerdings zu einer Zunahme der Inflation geführt habe. Gold sei indes ein bewährtes Instrument zur Eindämmung der Inflation.

China

Alle werden überwacht

China baut derzeit ein System auf, das das Verhalten seiner Bewohner in allen Lebensbereichen bewertet. Das chinesische sogenannte «Sozialkreditsystem» soll möglichst alles erfassen: Zahlungsmoral, Strafregister, Einkaufsgewohnheiten, Partei-Treue und soziales Verhalten.

Das chinesische Big-Data-Projekt ist in Grösse und Ausmass weltweit beispiellos. Kein anderes Land treibt es so radikal voran, seine Bürger im digitalen Zeitalter zu kontrollieren. Alle Menschen im Inland werden überwacht und das Verhalten mit einem Punkte-System bewertet. Personen mit einer schlechten Bewertung könnten dann zum Beispiel keine Tickets mehr für Flüge oder Hochgeschwindigkeitszüge kaufen. Auch sei es dann problematisch, in bestimmte Hotels einzuchecken oder die Kinder auf bestimmte Schulen zu schicken.

Wer sich im Umgang mit Geld etwas zu Schulden kommen lässt, der darf in China in vielen Fällen jetzt schon nicht mehr mit dem Schnellzug oder mit dem Flugzeug reisen. Allein im vergangenen Jahr wurde diese Strafe rund 6,7 Millionen Mal verhängt, so die offiziellen Angaben des Obersten Gerichtshofes.

Überwachungszentrale Shanghai. Bild: Handelsblatt

Eine entscheidende Rolle auf dem Weg hin zur totalen Überwachung spielt in China das Smartphone, sagt IT- und China Expertin Margrit Kupfer. «Rund 96 Prozent der chinesischen Internetnutzer gehen laut eines aktuellen Berichts des staatlichen China Net Information Center auch oder ausschliesslich mobil ins Internet», sagt sie. «Für viele chinesische Nutzer steht Bequemlichkeit über der Frage des Datenschutzes.»

Bereits im Jahr 2014 hat die chinesische Küstenstadt Rongcheng damit begonnen, ein Sozialkreditsystem einzuführen. Die rund 670 000 Einwohner müssen ihren Sozialkredit-Punktestand regelmässig vorweisen: für eine mögliche Beförderung beim Arbeitgeber, für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Chinas, für die Beantragung eines Kredits bei der Bank. Nichts geht mehr ohne gute Bewertung.

Die angeschlossenen Behörden liefern dem Staat alle erdenklich möglichen Informationen über ihre Bürgerinnen und Bürger: Familienstand, Strafregister, Verkehrsdelikte, Kredithistorie, Informationen der Finanzbehörden und der Sozialkassen. Oder auch Informationen aus Mobilfunkverträgen bei den staatlichen Telekommunikationsunternehmen. Das Software-Unternehmen Kingdee wertet die Daten dann systematisch aus – für alle registrierten Einwohner von Rongcheng.

Unter den Dutzenden Pilotprojekten, die es derzeit in China gibt, ist auch die 26-Millionen-Stadt Shanghai dabei. «Ehrliches Shanghai» heisst dort eine App der Stadtregierung, die das Verhalten der Menschen systematisch erfassen und bewerten soll. Seit November 2016 können sich die Shanghaier Bürgerinnen und Bürger mit der Nummer ihres Ausweises über die App registrieren. Vermeintlich schlechten Bürgern drohen Strafen, vermeintlich gute Bürger werden belohnt.

Bis 2020 möchte China ein nationales System aufgebaut haben.

China / Deutschland

Angst vor Übernahmen

Chinesische Investoren greifen nach immer mehr deutschen Unternehmen, gerade in Schlüsselindustrien. Teile der deutschen Wirtschaft fordern eine Gegenstrategie.

Die Gewerkschaft IG Metall fordert angesichts der Einkaufstour chinesischer Investoren bei deutschen Hightech-Unternehmen eine zügige und wirksame Gegenstrategie. «Die zunehmenden Übernahmen deutscher Unternehmen in Schlüsselindustrien können gefährlich werden», sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. «Dahinter steckt eine strategische Ausrichtung Chinas. Das darf man nicht unterschätzen.»

Die Politik müsse bei Übernahmen sehr viel genauer hinschauen, sagt Mikko Huotari, Leiter des Programms internationale Beziehungen beim China-Forschungsinstituts Merics in Berlin. «Es ist der letzte Moment zu handeln. China kann uns überrollen. Das haben wir bei der Solarenergie gesehen. Das ist ein Muster, das sich jetzt vielfach auch in anderen Industrien, wie beispielsweise in der Robotik-Branche, wiederholen kann.» Europa und Deutschland müssten sich stärker Gedanken machen über sicherheitsrelevante Bereiche etwa in der Halbleitertechnologie, bei kritischer Infrastruktur, Schlüsseltechnologien oder im Bereich der Datensicherheit.

Sowohl auf deutscher als auch EU-Ebene wird derzeit darüber diskutiert, Firmenübernahmen durch chinesische Investoren zu erschweren. Die deutsche Regierung kann bisher über das Aussenwirtschaftsgesetz ein Veto gegen Übernahmen einlegen, wenn sicherheitspolitische Interessen berührt sind. Geprüft werden darf, wenn Anteile von 25 Prozent an einer deutschen Firma zum Verkauf stehen. Das Wirtschaftsministerium prüft nun, diese Schwelle zu senken.

Japan / Korea / USA

Japan fordert konkrete Schritte zur Denuklearisierung

Japan und Südkorea übten Druck auf ihren Alliierten USA aus: Der Gipfel mit Nordkorea sollte trotz allem stattfinden. Insbesondere Japan, das selbst von seiner pazifistischen Verfassung abgekehrt ist, übt international Kritik – an allen Seiten.

Japan warnte die USA davor, zu sehr auf mögliche Zusagen Nordkoreas zu vertrauen. Der japanische Verteidigungsminister Itsunori Onodera erinnerte in einer öffentlichen Rede daran, dass sich Nordkorea schon in der Vergangenheit zur atomaren Abrüstung verpflichtet habe. Danach habe es jedoch im Geheimen sein Atom- und Raketenprogramm vorangetrieben und die Nachbarländer im vergangenen Jahr mit einer Serie von ballistischen Raketenstarts bedroht.

Nordkorea dürfe nicht allein für die Tatsache belohnt werden, dass es sich zum Dialog bereit erklärt habe, sagte Onodera. Um Frieden zu schaffen, sei eine «komplette, nachprüfbare und unumkehrbare Demontage» aller nordkoreanischen Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen aller Reichweiten nötig. Der einzige Weg zu einer vollständigen Denuklearisierung sei, den maximalen Druck auf Nordkorea aufrecht zu erhalten.

Zuvor hatte eine nordkoreanische Delegation das Weisse Haus besucht, um das geplante Gipfeltreffen in Singapur vorzubereiten. Angeführt wurde sie von Kim Jong Chol, der als Kim Jong Uns rechte Hand gilt. Kim Jong Chol übergab Trump bei seinem Besuch einen Brief von Kim Jong Un. Trump sagte nach dem Gespräch mit dem Unterhändler, er glaube, dass sich Kim Jong Un der Denuklearisierung verpflichtet fühle. Der Gipfel sei jedoch erst der Beginn eines längeren Prozesses.

Brasilien

Militär zieht gegen LKW-Fahrer ins Feld

In ihrem Protest für tiefe Ölpreise haben Brasiliens LKW-Fahrer das Land de facto lahmgelegt: In Supermärkten herrscht gähnende Leere, die Industrie muss die Produktion stoppen. Genug, findet die Regierung von Präsident Temer und schreitet ein.

Die brasilianische Regierung hat den Einsatz der Armee zur Räumung der von streikenden Lastwagenfahrern errichteten Strassenblockaden angeordnet. Präsident Michel Temer hatte zuvor die Anweisung erteilt, die Strassensperren aufzulösen. Mit ihrem Protest legen die Lkw-Fahrer das Land seit mehreren Tagen nahezu komplett lahm, die Versorgung mit Lebensmitteln und Treibstoffen ist stark beeinträchtigt.

Lastwagenstreik in Brasilien. Bild: FSP

Durch den Einsatz der Armee solle der Verkehr in kritischen Gegenden wieder fliessen können. «Wir werden nicht hinnehmen, dass die Bevölkerung von lebensnotwendigen Gütern abgeschnitten wird», sagte Temer zuvor im Fernsehen.

Der Protest der Fahrer richtet sich gegen hohe Dieselpreise des staatlichen Ölkonzerns Petrobras. Diesem war 2016 erlaubt worden, die Preise selbständig festzulegen. Die Strassenblockaden führen in dem Flächenland zu gravierenden Schwierigkeiten, weil die Güterverteilung stockt. Supermärkte und Tankstellen hatten keinen Nachschub mehr, die komplette brasilianische Autoindustrie musste ihre Produktion stoppen.

Am Flughafen der Hauptstadt Brasilia fielen erste Flüge aus, weil Maschinen nicht betankt werden konnten. Der Bürgermeister der Wirtschaftsmetropole São Paulo rief am Freitag den Notstand aus. Dies sollte den Behörden erlauben, Treibstoff und andere Dinge in Privatbesitz zu beschlagnahmen.

Pascal Kohler, Henrique Schneider